

## Gefahren für die Europäische Union

Horvath, Patrick; Gutschik, Reinhold

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Horvath, P., & Gutschik, R. (2014). Gefahren für die Europäische Union. *SWS-Rundschau*, 54(4), 441-452. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51988-7>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

# Forschungsnotiz

## Gefahren für die Europäische Union

Reinhold Gutschik/Patrick Horvath (Wien)

Reinhold Gutschik/Patrick Horvath: *Gefahren für die Europäische Union* (S. 441–452)

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren mit gravierenden Problemen zu kämpfen. Dazu zählen Schwierigkeiten mit der Stabilität der gemeinsamen Währung, wirtschaftliche Probleme einzelner Länder, deren Lösung die anderen Gemeinschaftsmitglieder herausfordert, und der bedrohte Zusammenhalt nach dem raschen Wachsen im Zuge der Ost-Erweiterung von 2004 und 2007. Hinzu kommen innergesellschaftliche Spannungen infolge von Verteilungsproblemen ebenso wie Nationalismen bis hin zu Abspaltungstendenzen. Dieser Beitrag präsentiert Ergebnisse eines wissenschaftlichen Projekts, das sich mit diesen Problemen befasst hat. Insbesondere steht dabei die Frage im Mittelpunkt, wie schwerwiegend sich die verschiedenen Probleme der EU aus Sicht der österreichischen Bevölkerung darstellen.

*Schlagerworte: Europäische Union, Osterweiterung, Meinungsumfrage*

Reinhold Gutschik/Patrick Horvath: *Dangers for the European Union* (pp. 441–452)

In recent years, the European Union has to struggle with serious problems. These include difficulties concerning the stability of the common currency, economic problems of individual countries (which also challenge the other community members) and a threatened cohesion after rapid growth in context of Eastern European enlargement in the years 2004 and 2007. In addition, there exist internally social tensions due to distribution problems as well as nationalisms or even secessionist tendencies. This article presents results of a research project that addressed these problems. In particular, the focus concentrates on the question, how serious the Austrian population considers these various EU problems to be.

*Keywords: European Union, Eastern European enlargement, opinion poll*

## 1. Das Projekt

Die Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (WIWIPOL) hat 2014 das Forschungsprojekt »Gefahren für die Europäische Union«<sup>1</sup> abgeschlossen, in dem aktuelle, potenziell krisenhafte Entwicklungen in der Europäischen Union thematisiert wurden. Zentrale Problemfelder der EU bestehen seit längerem unter anderem in wirtschaftlicher (Altvater/ Mahnkopf 2007, 32, 80–81), sozialer (Mau/ Verwiebe 2009, 246–261) oder organisationaler Hinsicht (Schmidt 2000, 138–139, Rupnik 2006, 12–13). Zum Teil hängen sie mit globalen Entwicklungen zusammen, zum Teil sind sie aber auch Binnenprobleme der EU bzw. der EU inhärent. Von namhaften Expertinnen und Experten werden sie auch einer breiteren Öffentlichkeit gegenüber in den letzten Jahren immer wieder diagnostiziert und so auf fundierte Weise in den gesellschaftlichen Diskurs eingeführt.<sup>2</sup>

Der Philosoph Jürgen Habermas fordert eine gemeinsame europäische Sozialpolitik und geht mit den europäischen Eliten hart ins Gericht. Er sieht die Krise Europas nicht primär als eine ökonomische, sondern als eine normative: Strategisch, zaghaft, opportunistisch, an transnationalen Perspektiven desinteressiert und auf Wirtschaftsfragen verengt seien die europäische Debatte und die europapolitischen Entscheidungen.<sup>3</sup> Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer wiederum nahm die Griechenland-Krise zum Anlass, das Ende des Euro, das Scheitern der europäischen Integration und eine Renationalisierung als Szenarien in den Raum zu stellen. Er fordert daher stärkere gemeinsame Anstrengungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und eine Verstärkung der politischen Union.<sup>4</sup>

Einen zusätzlichen Ausgangspunkt des Projekts bildeten Meinungsforschungsergebnisse, die vor den Europawahlen 2014 einen Anstieg von Euroskeptizismus und Nationalismus feststellten.

So wurde 2013 unter anderem vom französischen Umfrageinstitut IFOP ein Beliebtheitsrekord für Marine Le Pen und mehr Zustimmung als zu Präsident François Hollande festgestellt.<sup>5</sup> Auch ein Wahlsieg des Front National bei der Europawahl wurde im Vorfeld bereits prognostiziert.<sup>6</sup>

1 Projekt »Gefahren für die Europäische Union«, gefördert vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Projekt Nr. 15.055. Projektlaufzeit: Juli 2012–Februar 2014, Projektleiter: Wolfgang Wolte, Mitarbeiter: Patrick Horvath, Reinhold Gutschik.

2 So z. B. Timothy Garton Ash (<http://www.derbund.ch/bern/dossier/die-samstagsinterviews/1Europa-bewegt-sich-mit-der-Geschwindigkeit-einer-Schnecke/story/16615296>, 29. 8. 2014), Ulrich Beck (<http://www.sueddeutsche.de/politik/gesprach-mit-ulrich-beck-europa-ist-in-grosser-gefahr-1.442117>, 26. 8. 2014) oder Joseph F. Stiglitz (<http://derstandard.at/1341526940500/Eine-letzte-Gnadenfrist-fuer-den-Euro>, 1. 9. 2014).

3 <http://www.faz.net/artikel/C31399/europa-in-der-krise-hinter-verschlossenen-tueren-30442112.html>, 4. 10. 2014.

4 <http://www.sueddeutsche.de/politik/joschka-fischer-zur-griechenland-krise-es-geht-um-fast-alles-1.1110783-2>, 4. 10. 2014.

5 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/rechtspopulisten-wilders-schmiedet-allianz-der-anti-europaeer-a-933127.html>, 26. 8. 2014.

6 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/front-national-europawahl-umfrage>, 4. 10. 2014.

Um mögliche Bedrohungen im Detail zu identifizieren, wurden zunächst zwanzig Interviews mit hochrangigen Expertinnen und Experten durchgeführt, die parteiübergreifend die Bereiche Politik, EU-Institutionen bzw. Diplomatie, Sozialpartnerschaft und Wissenschaft abdeckten. Auf den so gewonnenen Befunden baute eine Meinungsumfrage auf. Im vorliegenden Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse dieser Umfrage in Form von Häufigkeitsauszählungen und Korrelationen mit soziodemografischen Variablen präsentiert.

## 2. Ergebnisse der Meinungsumfrage

Das Ziel der Umfrage (durchgeführt von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft im Jänner 2014, n = 588) bestand darin, das Problembewusstsein der österreichischen Bevölkerung zu möglichen Gefahren für die Europäische Union zu ermitteln. Ein spezieller Fokus wurde – nach einem allgemeinen Teil – auf die Lage der mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten gerichtet. Auch dieser Fokus erklärt sich aus der Bedeutung, welche die Expertinnen und Experten diesem Bereich einräumten. Abgesehen davon sind Lage und Entwicklung in Osteuropa schon aufgrund der räumlichen Nähe und der Intensität der Wirtschaftsbeziehungen wichtig für Österreich.

Zu zwölf jener Probleme für die Europäische Union, die im Zuge der ExpertInneninterviews häufig angesprochen worden waren, wurden die Befragten gebeten, anzugeben, wie schwerwiegend diese ihrer Ansicht nach seien:

**Tabelle 1: »Für wie schwerwiegend halten Sie folgende Gefahren für die Europäische Union?« (Anteile in Prozent)**

	Sehr schwerwiegend	Eher schwerwiegend	Eher nicht schwerwiegend	Gar nicht schwerwiegend	Weiß nicht/Keine Angabe
Nationalismus	25	34	27	8	6
Abspaltungstendenzen (z. B. ein möglicher EU-Austritt Großbritanniens)	19	27	33	13	8
Arbeitslosigkeit	66	26	6	2	1
Wachstumsschwäche der Wirtschaft	38	33	19	5	6
Staatsschulden	61	28	8	2	1
Überalterung der Bevölkerung	15	26	33	20	6
Demokratiedefizit	24	35	26	10	5
Wirtschaftliche Auseinanderentwicklung der EU-Mitgliedstaaten	28	40	20	6	5
Die EU übernimmt sich durch EU-Beitritte weiterer Staaten	52	26	11	6	4
Ungerechte Vermögensverteilung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten	36	33	20	4	7
Akzeptanzproblem der EU wegen Bevormundung der Bürger (z. B. Glühbirnen)	45	30	14	6	4
Unregulierte Finanzmärkte	48	29	10	4	8

Mit Ausnahme zweier Items – »Abspaltungstendenzen« und »Überalterung der Bevölkerung« – wurden alle genannten Gefahren von einer Mehrheit als »sehr schwerwiegend« oder »eher schwerwiegend« eingestuft.

Dass drei Viertel der Bevölkerung (45 Prozent + 30 Prozent) ein »Akzeptanzproblem der EU durch Bevormundung der Bürger« erkennen, könnte Aktive in der Europa-Kommunikation nachdenklich stimmen, lässt aber auch Zweifel an der organisatorischen Struktur der EU selbst aufkommen:

*»Zwar haben wir mit dem Euro eine einheitliche europäische Währung, wir haben die Europäische Zentralbank, und wir haben mit den Gerichtshöfen von Straßburg und Luxemburg eine europäische Rechtsordnung, aber dem korrespondiert kein politisches Europa, das dem Ganzen seine demokratische Legitimation verleihen könnte. Diese Trennung von Markt und Schaffung von Normen auf der einen Seite und demokratischer*

*Legitimität auf der anderen Seite ist nicht dazu angetan, das Vertrauen der Bürger in Europa zu stärken. Zugleich bietet sie den Nährboden für den Aufstieg eines gegen Europa gerichteten Populismus« (Rupnik 2006, 13).*

Das bedeutet im Umkehrschluss aber noch keine Erschütterung der EU in ihren Grundfesten. »Abspaltungstendenzen« wurden von jeweils 46 Prozent als schwerwiegend bzw. nicht schwerwiegend erlebt. Damit zählen sie im Meinungsbild eindeutig zu den weniger akuten Problemen. Möglicherweise ist dieses Thema in Österreich, wo es keinen mit Spanien oder Großbritannien vergleichbaren Separatismus gibt, auch weniger präsent. Austrittswünsche werden zwar auch in Österreich mitunter geäußert und wurden auch z. B. bei der Europawahl 2014 von der Formation EUSTOP in den Wahlkampf eingebracht. Von jenen Personen, die sie teilen, werden sie aber wohl nicht als »Gefahr« identifiziert, und um eine breitere Wirkung zu erzielen, bleiben sie bislang zu unbedeutend.

Die »Überalterung der Bevölkerung« erachtet sogar eine Mehrheit von 53 Prozent als nicht schwerwiegend. Demnach halten die meisten die aus demografischen Entwicklungen stammenden Herausforderungen (Belastung der sozialen Sicherungssysteme, steigender Pflegebedarf etc.) für durchaus bewältigbar – oder diese Herausforderungen sind ihnen nicht gegenwärtig.

Die Problemfelder »Nationalismus« und »Demokratiedefizit« erachten 59 Prozent als schwerwiegend. Damit bleiben sie aber noch weit hinter jenen Items zurück, die im weitesten Sinne die Wirtschaft betreffen: »Staatsschulden«, »Wachstumsschwäche«, »wirtschaftliches Auseinanderdriften der EU-Staaten«, »ungerechte Vermögensverteilung« und »unregulierte Finanzmärkte« erreichen klare Zweidrittel-Mehrheiten in den Kategorien »sehr schwerwiegend« und »eher schwerwiegend«.

Offensichtlich werden also die wirtschaftlichen Probleme als weitaus am gravierendsten betrachtet. Auch die »Arbeitslosigkeit«, das Item mit den absolut höchsten Werten (92 Prozent »sehr« und »eher schwerwiegend«), steht ja mit der Wirtschaft in engem Zusammenhang.

Tabelle 2: »Für wie schwerwiegend halten Sie folgende Gefahren für die Europäische Union?«  
»Arbeitslosigkeit« (Anteile in Prozent)

	Sehr schwerwiegend	Eher schwerwiegend	Eher nicht schwerwiegend	Gar nicht schwerwiegend	Weiß nicht/Keine Angabe
In Ausbildung (Schule, Lehre, Universität)	46	36	15	3	0
Pension	68	24	5	2	1
Im Haushalt tätig	71	25	4	0	0
Arbeitslos	80	10	10	0	0
Selbständig	75	18	5	2	1
LandwirtIn	81	9	0	9	0
FacharbeiterIn	65	28	7	0	0
Angestellte/er	63	29	7	2	0
Beamtin/er	52	36	12	0	0
Anderes	50	50	0	0	0

Die kritische Sicht auf die Beschäftigungslage teilen dabei die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen, Arbeitslose ebenso wie Angestellte, BeamtInnen, Selbständige oder PensionistInnen. Das Ausmaß der Bedenken variiert allerdings. Personen, die aktuell in Ausbildung oder unselbständiger Beschäftigung stehen, wählen am seltensten die Einschätzung »sehr schwerwiegend«.

Tabelle 3: »Glauben Sie grundsätzlich, dass die Wirtschaftskrise besser durch Solidarität in Europa überwunden werden kann oder wenn sich jedes Land auf seine eigenen Stärken besinnt?« (Anteile in Prozent)

Durch Solidarität in Europa	Wenn sich jedes Land auf seine eigenen Stärken besinnt	Weiß nicht/Keine Angabe
47	45	8

Tabelle 4: »Halten Sie es für eine Gefahr für die EU, dass reiche Staaten immer weniger bereit sind, arme Staaten finanziell zu unterstützen?« (Anteile in Prozent)

Ja	Nein	Weiß nicht/Keine Angabe
54	36	10

Eine entscheidende Frage für die Zukunft der Europäischen Union ist nach Ansicht der Experten und Expertinnen jene der Solidarität. Die Bevölkerung scheint bei dieser Frage indes gespalten: Auf die Frage, ob die Wirtschaftskrise besser durch Solidarität

in Europa überwunden werden kann oder wenn sich jedes Land auf seine eigene Stärke verlässt, stehen sich mit 47 Prozent für die Solidarität und 45 Prozent für die eigene Stärke zwei ungefähr gleich starke Gruppen gegenüber.

Nach Meinungen der Expertinnen und Experten liegt in der europäischen Solidarität eine realistischere Chance zur Bewältigung eines globalen Problems, insofern große Einheiten (wie ein vereintes Europa) wirtschaftspolitisch deutlich mehr bewirken können. In Krisenzeiten griffen aber Teile der Bevölkerung auf Nahliegendes und Vertrautes zurück, um emotional Orientierung zu finden, was nationalistisches und isolationistisches Denken begünstigen würde.

Bei einer weiteren Frage zeigt sich, dass 54 Prozent die mangelnde Solidarität der reichen mit den armen Staaten in der EU als deutliche Gefahr einstufen. Das erscheint besonders beachtlich, wenn man bedenkt, dass Österreich selbst zu den reichen Staaten zählt und die EU-Skepsis im öffentlichen Diskurs – z. B. rund um die aktuelle Finanzmisere Griechenlands – auch mit Begriffen wie »Nettozahler« und »Geberländer« verknüpft ist.<sup>7</sup>

Tabelle 5: »Im Mai 2014 wird sich die Osterweiterung der EU zum zehnten Mal jähren. Sind Sie der Ansicht ...?« (Anteile in Prozent)

	Ja	Nein	Weiß nicht/ Keine Angabe
... dass die Osterweiterung zur Stabilisierung Osteuropas beigetragen hat?	54	34	13
... dass die Osterweiterung seitens der EU ausreichend vorbereitet war?	10	77	13
... dass der Aufholprozess der neuen Mitgliedstaaten gegenüber den alten ausreichend schnell vorangeht?	19	59	22

Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern der EU bei. Am 1. Jänner 2007 folgten Bulgarien und Rumänien. Die Erweiterungsrunde von 2004 war die bisher größte in der Geschichte der Europäischen Union und jährte sich kurz nach der Umfrage zum zehnten Mal. Damit war sie nicht bloß – wie von den Experten und Expertinnen angemerkt – im Sinne einer Fortentwicklung des Friedensprojekts EU bedeutsam, sondern zugleich aktuelles Diskursthema.<sup>8</sup>

7 Z. B.: <http://derstandard.at/1350261156053/Athen-hat-geliefert-aber-noch-nicht-genug>, 20.8.2014.

8 Z. B.: <http://derstandard.at/1397521716168/Die-vergessenen-Osteuropaeer-sind-wieder-da>, 20.8.2014; [http://diepresse.com/home/politik/eu/1598676/EUOsterweiterung\\_Die-meisten-Aengste-bewahrheiten-sich-nicht](http://diepresse.com/home/politik/eu/1598676/EUOsterweiterung_Die-meisten-Aengste-bewahrheiten-sich-nicht), 20.8.2014.



54 Prozent der Befragten sind denn auch der Ansicht, dass die Osterweiterung zur Stabilisierung Osteuropas beigetragen hat. Dabei werden aber die einzelnen Aspekte deutlich kritischer gesehen. So sind 77 Prozent der Meinung, dass die Osterweiterung seitens der EU nicht ausreichend vorbereitet war, 59 Prozent sind der Ansicht, dass der wirtschaftliche Aufholprozess der Osterweiterung zu langsam voranschreitet.

Tabelle 6: »Im Mai 2014 wird sich die Osterweiterung der EU zum zehnten Mal jähren. Sind Sie der Ansicht ...?« (Anteile in Prozent)

	... dass die Osterweiterung zur Stabilisierung Osteuropas beigetragen hat?	...dass die Osterweiterung seitens der EU ausreichend vorbereitet war?	...dass der Aufholprozess der neuen Mitgliedstaaten gegenüber den alten ausreichend schnell voran geht?
	Nein	Nein	Nein
Wien	22	68	59
Burgenland	39	73	89
Niederösterreich	27	85	48
Oberösterreich	42	78	52
Salzburg	44	69	73
Tirol	36	96	63
Vorarlberg	33	83	75
Steiermark	41	74	51
Kärnten	37	74	73

Kontinuierliche Unterschiede hinsichtlich der Wohnregion der Befragten – im Sinne eines West-Ost-Gefälles – lassen sich dabei nicht feststellen. Burgenländer und Vorarlberger erweisen sich beispielsweise als ähnlich skeptisch.

Die interviewten Expertinnen und Experten betonten überwiegend die Vorteile der Osterweiterung. Durch den EU-Beitritt der neuen Mitglieder »erfolgten Reformen, und Investitionen bringen die Länder voran«. Für Österreich gebe es »wirtschaftliche Vorteile, aber auch sicherheitspolitischen Gewinn«. <sup>9</sup> Nur vereinzelt wurde Kritik an der EU-Osterweiterung laut, beispielweise in Hinblick auf die »zu schnelle« Aufnahme von Bulgarien und Rumänien, die sich »nicht bewährt hat«. <sup>10</sup> Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens sei zwar zu befürworten, doch der möglicherweise zu frühe Zeitpunkt des Beitritts politisch zu diskutieren. <sup>11</sup> Die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen

<sup>9</sup> Interview mit dem ehemaligen Botschafter Albert Rohan, 15. Dezember 2013.

<sup>10</sup> Interview mit dem Ökonomen Erhard Fürst, 30. Jänner 2014.

<sup>11</sup> Interview mit Georg Pfeifer, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments, 17. Dezember 2013.

in Osteuropa gleiche einer »Schocktherapie«, die zu »Raubtierkapitalismus«, »fragwürdigen Privatisierungen« und »politischer Instabilität« beigetragen habe. Dennoch sei die EU friedenspolitisch ein zivilisatorischer Fortschritt und die Osterweiterung »grundsätzlich positiv« und »besser als der Eiserne Vorhang«. <sup>12</sup>

Tabelle 7: »In manchen Staaten Osteuropas ist eine Stärkung autoritärer und nationalistischer Parteien zu beobachten. Für wie bedenklich halten Sie diese Entwicklung?« (Anteile in Prozent)

Sehr bedenklich	Eher bedenklich	Eher nicht bedenklich	Gar nicht bedenklich	Weiß nicht/Keine Angabe
45	34	13	2	6

Was den Autoritarismus und unsere diesbezügliche Wahrnehmung angeht, hat sich gerade mit Blick auf Osteuropa in den letzten Jahren ein gravierender Wandel vollzogen:

*»Während in den 1980er- und 1990er-Jahren das politische Phänomen der extremen Rechten in erster Linie als ein westeuropäisches wahrgenommen wurde, ließ die Osterweiterung deutlich werden, dass diese Thematik keineswegs auf die alten Mitgliedsstaaten begrenzt werden darf. Im Gegenteil: Im Zuge der Osterweiterung der Jahre 2004 und 2007 wurde deutlich, dass sich auch in den neuen Beitrittsländern Mittel- und Südosteuropas politische Formationen herauskristallisierten, von denen sich einige als Parteien etablierten, die bei Wahlen durchaus erfolgreich waren« (Hentges 2011, 236).*

Diese Entwicklungen werden auch vom weit überwiegenden Teil der Befragten für problematisch erachtet.

<sup>12</sup> Interview mit der ehemaligen Botschafterin Gabriele Matzner-Holzer, 11. November 2013.

**Tabelle 8: »In manchen Staaten Osteuropas ist eine Stärkung autoritärer und nationalistischer Parteien zu beobachten. Für wie bedenklich halten Sie diese Entwicklung?« (Anteile in Prozent)**

	Sehr bedenklich	Eher bedenklich	Eher nicht bedenklich	Gar nicht bedenklich	Weiß nicht/Keine Angabe
Bis 25 Jahre	58	25	11	5	1
26 bis 35 Jahre	39	45	11	2	4
36 bis 50 Jahre	49	31	14	1	5
51 bis 65 Jahre	40	39	14	2	5
Ab 66 Jahre	43	32	14	3	9
Hochschule (ab abgeschlossenem Bachelor-Studium)	52	36	8	2	2
Höhere Schule (mit Matura)	60	33	4	2	1
Berufs-, Handels- oder Fachschule	39	38	16	1	5
Pflichtschule ohne weitere Ausbildung (Volksschule, Hauptschule)	39	24	18	6	13

Tendenziell sind es Jüngere und höher Gebildete, die diese Bedenken teilen. Vor allem im formal weniger gebildeten Bevölkerungssegment sind sie um einiges geringer ausgeprägt. Doch insgesamt überwiegt auch hier die Ansicht, dass es sich um eine grundsätzlich bedenkliche Entwicklung handelt.

**Tabelle 9: »Sind Sie der Ansicht, dass die Demokratie in Mittel- und Osteuropa aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Spannungen gefährdet ist?« (Anteile in Prozent)**

Ja	Nein	Weiß nicht/Keine Angabe
56	30	13

**Tabelle 10: »Viktor Orbán, der amtierende Premierminister Ungarns, wird wegen autoritärer Politik kritisiert. Aus diesem Grund könnte die EU gegen Ungarn Sanktionen ergreifen. Was ist Ihre Meinung dazu?«**

Sanktionen der EU gegen Ungarn würden dazu beitragen, demokratische Werte zu schützen	Sanktionen der EU gegen Ungarn wären kontraproduktiv und würden nationalistische Tendenzen verstärken	Weiß nicht/Keine Angabe
30	42	28

79 Prozent erscheinen also die autoritären Tendenzen in Mittel- und Osteuropa problematisch (siehe Tabelle 7, S. 449), und immerhin 56 Prozent halten die Demokratie in der Region für gefährdet. Sanktionen gegen die Regierung Orbán in Ungarn, der Demokratiedefizite vorgeworfen werden,<sup>13</sup> halten allerdings nur 30 Prozent für sinnvoll zur Verteidigung demokratischer Werte, für 42 Prozent wären sie wegen der zu erwartenden nationalistischen Gegenreaktionen kontraproduktiv.

Dieser Befund ist besonders vor dem speziellen Hintergrund Österreichs beachtlich, das sich seinerseits im Jahr 2000 Maßnahmen der anderen EU-Mitgliedstaaten als Reaktion auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ unter Jörg Haider gegenüber sah. Umgangssprachlich werden diese Maßnahmen in Österreich bis heute als »EU-Sanktionen« bezeichnet. Im Nachhinein hat das Thema aber auch Brisanz erhalten angesichts der Sanktionen der EU gegen Russland im Ukraine-Konflikt, zumal sich zwischen dem Regierungsstil Orbáns und jenem Putins Parallelen ziehen ließen. Auch wenn die Anlassfälle nicht direkt zu vergleichen sind (internationaler Konflikt versus innere Angelegenheiten), zeigen sich hier deutliche Vorbehalte der österreichischen Bevölkerung gegenüber solchen Maßnahmen der Europäischen Union.

### 3. Conclusio

Die Ergebnisse bestätigen die Beschaffenheit der Europäischen Union in einem wesentlichen Punkt: in der zentralen Bedeutung ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Während etwa Sozialunion oder gemeinsame Sicherheitspolitik noch immer wenig etabliert sind, bildet die Wirtschaftspolitik schon seit den Anfängen der früheren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), mithin seit 1957, einen Motor der internationalen Zusammenarbeit.

Wenn also die Bevölkerung am meisten Gefahrenpotenzial in den wirtschaftlichen Belangen sieht, dann resultiert daraus eine zweifache Konsequenz: Einerseits ist hier die EU an sich infrage gestellt, insofern eine ihrer Kernkompetenzen problematisiert wird, andererseits besteht genau darin auch eine Chance, sich zu bestätigen, vorausgesetzt, es gelingt, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen.

Eine europäische Wirtschaftspolitik der Zukunft könnte entsprechende Prioritäten setzen, beispielsweise in Hinblick auf die Regulierung der Finanzmärkte. An der Spitze der Agenda müsste aber, dem dringlichsten Bedürfnis der Bevölkerung entsprechend, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen – die ihrerseits mit der gerechten Verteilung von Wohlstand und Verwirklichungschancen korrespondiert.

Die Bewältigung der Wirtschaftskrise und die Bewahrung des sozialen Zusammenhaltes wären dann auch ein großes »Empfehlungsschreiben« für die Europäische Union

---

13 »Die überwältigende Mehrheit für die Regierungsparteien wurde genutzt, um eine neue Rechtsordnung zu schaffen und damit mögliche rechtliche Kontrollen gegenüber der Regierung auszuschalten, die die ›revolutionäre Transformation‹ hätten blockieren können. Die Neuregulierung des Presserechts, die Einschränkung der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs und die neue Verfassung (das ›Grundgesetz‹) dienen allesamt dazu, die Kontrolle der Regierung über das Land zu verstärken« (Tóth u. a. 2012, 158).

ihrer Bevölkerung gegenüber. Gegenwärtig herrscht oftmals der Eindruck einer Überregulierung im Kleinen vor (Gurkenkrümmung, Glühbirnen etc.), begleitet von dem einer Unterregulierung oder gar Deregulierung bei den großen Fragen (Steuerrecht, Arbeitsmarktpolitik etc.). Wenn sich die Menschen mit ihren Interessen wieder besser aufgehoben sehen sollen, wären hier Kursänderungen zu überlegen.

Nationalismen schüren gegenwärtig in einzelnen Mitgliedstaaten interne Konflikte. Sie drohen aber darüber hinaus, Europa durch Zersplitterung in kleine Einheiten zu schwächen. Erfolge der EU bei den großen Themen könnten auch diesen Tendenzen entgegenwirken.

## Literatur

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2007) *Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt*. Münster.
- Hentges, Gudrun (2011) *Die extreme Rechte in Europa – zwischen niederländischem Rechtspopulismus und ungarischem Rechts-extremismus*. In: Hentges, Gudrun/Platzer, Hans-Wolfgang (HgInnen) *Europa – quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik*. Wiesbaden, 235–276.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2009) *Die Sozialstruktur Europas*. Konstanz.
- Rupnik, Jacques (2006) *Die Dilemmata der Europäischen Union. Anatomie einer Krise*. In: *Transit*, Nr. 30, 5–20.
- Schmidt, Helmut (2000) *Die Selbstbehauptung Europas. Perspektiven für das 21. Jahrhundert*. Stuttgart/München.
- Tóth, András u. a. (2012) *Die konservative Revolution und ihre Widersprüche. Ungarns Leidensgeschichte*. In: Lehndorff, Steffen (Hg.) *Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt*. Zehn Länder-Fallstudien. Hamburg, 149–164.
- <http://derstandard.at/1397521716168/Die-vergessenen-Osteuropaer-sind-wieder-da>, 20. 8. 2014.
- [http://diepresse.com/home/politik/eu/1598676/EUOsterweiterung\\_Die-meisten-Aengste-bewahrheiten-sich-nicht](http://diepresse.com/home/politik/eu/1598676/EUOsterweiterung_Die-meisten-Aengste-bewahrheiten-sich-nicht), 20. 8. 2014.
- <http://www.derbund.ch/bern/dossier/die-samstagsinterviews/1Europa-bewegt-sich-mit-der-Geschwindigkeit-einer-Schnecke/story/16615296>, 29. 8. 2014.
- <http://www.faz.net/artikel/C31399/europa-in-der-krise-hinter-verschlossenen-tueren-30442112.html>, 4. 10. 2014.
- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/rechtspopulisten-wilders-schmiedet-allianz-der-anti-europaer-a-933127.html>, 26. 8. 2014.
- <http://www.sueddeutsche.de/politik/gesprach-mit-ulrich-beck-europa-ist-in-grosser-gefahr-1.442117>, 26. 8. 2014.
- <http://www.sueddeutsche.de/politik/joschkafischer-zur-griechenland-krise-es-geht-um-fast-alles-1.1110783-2>, 4. 10. 2014.
- <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/front-national-europawahl-umfrage>, 4. 10. 2014.

## Internetadressen

- <http://derstandard.at/1341526940500/Eine-letzte-Gnadenfrist-fuer-den-Euro>, 1. 9. 2014.
- <http://derstandard.at/1350261156053/Athen-hat-geliefert-aber-noch-nicht-genug>, 20. 8. 2014.

*Kontakt:*  
*office@wiwipol.at*